Bern, den 5. Juni 1914.

11/

Herrn Dr. Jul. Frey, Präsident der Schweiz. Kreditanstalt.

Zürich.

Sehr geehrter Herr !

Ich gestatte mir, Ihnen in der Anlage einen Auszug aus den Verhandlungen der badischen Ständeversammlung zu übermitteln, woselbst über die Tätigkeit der Schweizerbanken debattiert worden ist. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass Cirkulare verschickt worden sind, die vielleicht nicht ganz klug abgefasst waren und zu Kritik Anlass gaben. Der beiliegende Auszug stammt von unserer Gesandtschaft in Berlin.

Anlässlich des gestrigen Bankettes der internationalen Vereinigung für das Ausstellungswesen haben sich auch mir gegenüber Herr Senator Dupont und Herr Chapsal, gewes. Direktor im französischen Handelsministerium ganz spontan über den gleichen Gegenstand geäussert und von einer wahren Bearbeitung des französischen Publikums durch Cirkulare von Schweizerbanken aufmerksam gemacht, die mit allen Finnessen die französischen Kapitalisten auf die Nöglichkeit der Umgehung der Steuerverpflichtung



Banken machen eine grosse Propaganda in Frankreich. Man antwortete mir aber, der Abfluss von Kapital nach Belgien sei namentlich seit der neuesten belgischen Steuergesetzgebung nicht mehr bedeutend, wohl aber die Auswanderung nach der Schweiz.

Ich gebe Ihnen von diesen Mitteilungen Kenntnis zu gutfindender, immerhin diskreter, Verwendung in Bankkreisen. Ich tue es speziell, weil vielleicht einzelne Banken im Uebereifer bei der Redaktion ihrer Cirkulare unvorsichtig waren. Sie können am besten erwägen, ob es auf irgend einem Wege, z. B. der Bankvereinigung, möglich ist, vor Unvorsichtigkeiten zu warenn. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass man in Paris Mittel und Wege sucht, um die ausgewanderten Kapitalien auf irgend eine Weise zu erfassen. Unter solchen Umständen ist es vielleicht nicht gerade klug, wenn in Cirkularen direkt auf die Umgehung der französischen Steuer hingewiesen wird.

Hochachtungsvoll ergeben,

ng Schulthefr.

1 Beilage erw .

Info Cop refull and Jam vin for It Try grapmin with 43268

1. Kammer, 10. Sitzung

Amtliche Berichte

über die

VERHANDLUNGEN der BADISCHEN STAENDEVERSAMMLUNG Karlsruhe, den 26. Mai 1914.

Erste Kammer

10 öffentliche Sitzung am Dienstag, den 19. Mai 1914.

Freiherr von und zu Mentzingen:

Der Herr Berichterstatter hat ausgeführt, dass der Wehrbeitrag nicht den erwünschten und erhofften Ertrag gebracht hat, und dass auch der Generalpardon eigentlich ziemlich wirkungslos an uns vorübergegangen ist. Ich weiss nicht, ob daran nicht vielleicht gewisse Zirkulare, die allwöchentlich ein- oder zweimal verschiedenen Leuten ins Haus fliegen, schuld sind, dass das Kapital teilweise nach der Schweiz auswandert. Es gibt eine Reihe von Schweizerbanken welche diejenigen, die im Verdacht stehen, dass sie ein paar Groschen besitzen, fortwährend attakieren, sie mögen ihr Kapital in der Schweiz anlegen, dort wäre es sicher vor der Steuerbehörde, es wäre auch im Falle eines Erbganges vollständig sicher vor jeder staatlichen Kognition, und ich weiss nicht, ob es nicht eine Anzahl vermöglicher Leute gibt, die sich durch solche Offerten haben verführen lassen, mit ihrem Vermögen ganz oder teilweise nach der Schweiz auszuwandern.

Wir wissen ja auch aus den Verhandlungen der französischen Kammer, und als in England ein neues Vermögenssteuergesetz eingeführt wurde, wurde dort auch geklagt, dass ungeheure Kapitalien aus jenen Ländern nach der Schweiz ausgewandert sind. Ich habe das schon in der Kommission vorgebracht. Der Herr Finanzminister hat wi das soeben der Herr Berichterstatter auch mitgeteilt hat, erklärt, dass es nur im Wege eines internationalen Uebereinkommens angängig sei, diesem Uebelatande abzuhelfen. Aber, wenn wir uns überlegen, wo es herkommt, dass der Erfolg des Wehrbeitrages hinter den Erwartungen zurückbleibt, so dürfte das mit eine Ursache sein.

Frenden!

Finanzminister Dr. Rheinboldt.

..... Sodann hat Herr Freiherr von Mentzingen gesprochen, von der Abwanderung der Vermögen nach der Schweiz anlässlich der Veranlagung zum Wehrbeitrag .- Durchlauchtigste , Hochgeehrteste Herren ! Ich habe schon in der Budgetkommission gesagt, dass ich das ausserordentlich bedaure, und dass ich es für einen Mangel an Patriotismus und Gewissenhaftigkeit betrachte, wenn ein Beutscher durch die Verlockungen Schweizer Banken sich verleiten lässt, sein Vermögen in der Schweiz anzulegen, um es der Veranlagung zum Wehrbeiträg zu entziehen. Allein, wir werden nicht viel dagegen tun können. Wir haben alsbald, nachdem wir von diesem Rundschreiben schweizerischer Banken Kenntnis erhielten, das Reichsschatzamt in Berlin verständigt, damit im Benehmen mit dem auswärtigen Amt grwogen werde, was dagegen zu tun sei. Ich möchte aber im übrigen meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass die Sache doch etwas überschätzt wird, jedenfalls in ihrer Wirkung auf das Ergebnis des Wehrbeitrages.

.